Nr. 56. Donnerstag, 7. März. 1901

Erscheint täglich mit Ausnahme der Montage und der Tage nach den Feiertagen. Abonnementspreis für Danzig monatl. 30 Pf. (täglich frei ins Haus), in den Abholestellen und der Expedition abgeholt 20 Pf. Vierteljährlich 90 Pf. frei ins Haus, 60 Pf. bei Abholung. Durch alle Postanstalten 1,20 Mk. pro Quartal, mit Briefträgerbestellgeld 1 Mk. 62 Pf. Sprechstunden der Redaktion 11—12 Uhr Vorm. Ketterhagergasse Nr. 4.

XX. Jahrgang.

Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Inseraten-Annahme Ketterhagergasse Nr. 4. Die Expedition ist zur Annahme von Inseraten Vormittags von 8 bis Nachmittags 7 Uhr geöffnet. Auswärt. Annoncen-Agenturen in Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M., Stettin, Leipzig, Dresden N. 2c. Rudolf Mosse, Haasenstein und Vogler, R. Steiner, G. L. Daube & Co. Emil Kreidner.

Inseratenpr. für 1 spaltige Zeile 20 Pfg. Bei größeren Aufträgen u. Wiederholung Rabatt.

Die auswärtige Politik im Reichstage.

Berlin, 5. März.

Vor überfüllten Tribünen ging heute die Berathung des Auswärtigen Etats vor sich. Das Haus war zwar nicht so besetzt, wie es dem „großen Tag" entsprochen hätte, aber doch besser, wie in der letzten Zeit. Die Rede Bülows hat eigentlich nur wenig Neues gebracht, der Kern derselben war: friedliche Beziehungen mit England und Rußland. Wir treiben keine Gefühlspolitik, sondern thun nur das, was unserem Vaterlande frommt. Wenn er auf einer Seite den Beifall der Agrarier erntete, so war er doch wieder so vorsichtig bezw. diplomatisch, bei ihnen keine überschwänglichen Hoffnungen zu erwecken. Im großen und ganzen wurde von der Mehrheit des Reichstages dem Leiter der auswärtigen Politik Vertrauen ausgedrückt. Der Vorstoß der Alldeutschen und verwandten Elemente glich nicht einem Sturm, wie sie ihn angekündigt hatten. Die lange Rede des Abg. Hasse wurde in ihrer Wirkung schon dadurch sehr abgeschwächt, daß er sie fast Wort für Wort verlas. Zu erwähnen wäre noch, daß die einleitende Anfrage des Centrumsabgeordneten Schädler zwar Bemängelungen mancher Vorgänge brachte, aber doch sich jedes agressiven Tones enthielt. Viele seiner Ausführungen brachte er übrigens zur Verlesung; man scheint also im Centrum eine vorherige Fixirung des wesentlichen Inhalts der Rede für angezeigt gehalten zu haben.

Reichskanzler Graf **Bülows Ausführungen** sind, soweit sie sich mit England beschäftigen, schon in unserer gestrigen Nummer mitgetheilt.

Was unser **Verhältniß zu Rußland** betrifft — so führte Graf Bülow des Weiteren aus — so bin ich nach wie vor davon durchdrungen, daß es unsere vornehmste Pflicht ist, die freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland zu pflegen. Unsere und die russischen Interessen kreuzen sich nirgends, aber wir wollen auch Reciprocität. Denn wir sind weder politisch noch wirthschaftlich auf das Ausland mehr angewiesen, als das Ausland auf uns. Bezüglich des Artikels der Petersburger „Handels- und Industrie-Zeitung" so ist es Brauch zwischen befreundeten Mächten auf diplomatischem Wege Meinungsverschiedenheiten auszugleichen, und nicht auf publicistischem. (Beifall.) Ich rechne es mir zur Ehre an, vom Ausland angegriffen worden zu sein. Die deutsche Landwirthschaft ist keine quantité négligeable. Jede Regierung hat das Recht und die Pflicht, abzuwägen, welche Concessionen sie machen soll gegen das Ausland und ob sie die Interessen des eigenen Landes nicht schädigen. Darin liegt durchaus keine Feindseligkeit gegen fremde Mächte. Wir treiben keine Vasallenpolitik, unsere auswärtige Politik läßt sich nicht leiten von Liebe oder Haß, auch nicht von dynastischen oder verwandtschaftlichen Rücksichten, sondern nur von den wohlerwogenen Interessen unseres Landes. Die großen Fürsten haben in der Politik keine Verwandten, hat schon Friedrich der Große gesagt, und unser Kaiser vertritt dieselbe Ansicht. Unsere guten und freundschaftlichen Beziehungen wollen wir zu allen anderen Mächten unterhalten, die ebenso mit uns leben wollen. Wir wollen politisch und wirthschaftlich unsere Selbständigkeit und Unabhängigkeit wahren, auf welche wir in Folge unserer Kämpfe und unserer Arbeit einen unveräußerlichen Anspruch haben. (Lebhafter Beifall.)

Nach dem **Reichskanzler** ergreift Abg. **Ledebour** (Soc.) zu einer einstündigen Rede das Wort. Es zeuge nicht von vornehmer Gesinnung, mit Cecile Rhodes sich zu Tisch zu setzen und Krüger die Thür zu weisen. Man könne mit England in Freundschaft leben, ohne der dortigen imperialistischen Strömung Vorschub zu leisten.

Abg. **Bassermann** (nat.-lib.) spricht namens seiner Freunde sein Vertrauen zur auswärtigen Politik aus. Die Ordensauszeichnung an Roberts wäre allerdings besser unterblieben. Graf Bülows Erklärung habe die Besorgnisse zerstört, als ob neue Abmachungen mit England getroffen seien, die ihre Spitze gegen Rußland kehrten.

Abg. **Richter** (freis. Volksp.) stellt fest, daß Graf Bülow in seinen Kundgebungen aus jüngster Zeit die Interessen von Handel und Industrie, namentlich aber der Consumenten nicht genügend betont habe.

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg** (Antis.) hält eine Philippika gegen England. Den Boeren gebühre Bewunderung und Anerkennung., England dagegen für seine Schändung europäischer Cultur niederdeutsche Hiebe. Graf Bülow habe heute die Wurst nach verschiedenen Speckseiten geworfen.

Alsdann erhebt sich Reichskanzer Graf **Bülow**, um den Vorwurf des Abg. Richter zurückzuweisen, daß er Handel, Industrie und Consumenten hintansetze. Die Regierung halte es für ihre Pflicht, die gesammten wirthschaftlichen Interessen in Betracht zu ziehen. Die Regierung stehe über den Parteien, sie sei bemüht, gemeinsam mit der Volksvertretung im Geiste ausgleichender Gerechtigkeit eine möglichst richtige Diagonale zu finden zwischen den widerstreitenden Interessen. Die Landwirthschaft habe volles Anrecht auf Fürsorge; sie habe die schweren, harten Zeiten noch nicht überwunden. Die Erhöhung der Getreidezölle, namentlich auf Roggen und Weizen, sei unerläßlich, ihr sei aber eine Grenze gesetzt durch die Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Industrie und auf die Wahrung günstiger Lebensbedingungen für die deutschen Arbeiter. Ueber das Maß der Zollerhöhung könne er sich nicht aussprechen, da ein Beschluß des Bundesraths noch nicht vorliege. Wir erstreben den Abschluß der Handelsverträge, aber dieselben sind verbesserungsfähig und verbesserungsbedürftig. Die Mehreinnahmen aus den Lebensmittelzöllen können zur Hebung der Wohlfahrtseinrichtungen im Reiche verwendet werden. Unsere neue zollpolitische Gesetzgebung müsse von deutschnationalem Geiste inspirirt sein. (Beifall.)

Abg. Graf **Klinckowström** (cons.) erörtert besonders das Verhältniß zu Rußland; wir seien zu einem wirthschaftlichen Krieg mit Rußland gerüstet.

Abg. **Hasse** (nat.-lib.) kritisirt die auswärtige Politik abfällig; die Bahnen Bismarcks seien verlassen. Es sei höchste Zeit zur Umkehr.

Auf die Beschwerden der Abgg. **Hasse** (nat.-lib.) und **Dr. Oertel-Sachsen** (B. d. Ldw.) wegen unzureichenden Schutzes der deutschen Interessen im Ausland und wegen mangelnder Beobachtung der Neutralität erwidert Staatssecretär Frhr. v. **Richthofen**, man könne mit Rücksicht auf die Privatindustrie nicht mit Ausfuhr-Verboten vorgehen. Zuletzt sprechen die Abgg. Frhr. v. **Heyl** (nat.-lib.) und Graf **Kanitz** (cons.).

Der Schluß der Verhandlung galt der **Resolution Münch-Ferber** (nat.-lib.) wegen **Errichtung von deutschen Handelskammern im Auslande**, welche bei der Regierung und beim Abg. **Frese** (freis. Ver.) Widerspruch fand und an die Budgetcommission verwiesen wurde.

Morgen wird in der Etatsberathung fortgefahren.

— In der heutigen Sitzung der **Budgetcommission** des Reichstages wurde die Berathung des **Colonialetats** begonnen. Auf Anfrage des Referenten, Prinzen Arenberg, drückte der Director der Colonialabtheilung, Dr. Stübel, seine Sympathie gegenüber dem Plane aus, den jungen Colonialbeamten eine kaufmännische und technische Vorbildung zu geben und sie, sowie einige ältere Beamte aus den Schutzgebieten zeitweise in fremde Colonien zu entsenden. Hauptsache werde immer die richtige Auswahl der Colonialbeamten bleiben. Es könne festgestellt werden, daß in unseren Colonien bereits eine gute Anzahl tüchtiger Beamten vorhanden sind. Auf weitere Anfragen und Wünsche, die aus der Commission geäußert wurden, erklärte der Colonialdirector u. a., daß Verhandlungen mit dem Reichsschatzamte im Gange seien, um im nächsten Etat eine Position von 10 000 Mk. zur Unterstützung der Colonialschule in Witzenhausen einzustellen. Die Idee, dem Gouvernement in Deutsch-Ostafrika einen kaufmännischen Beirath beizugeben, sei gesund und werde mit der fortschreitenden Entwicklung des Schutzgebietes sicher zur Durchführung gelangen. Im übrigen werde die Selbstverwaltung des Schutzgebietes auch dadurch gefördert werden, daß eine Communal-Verwaltungsordnung für die Bezirksämter in Vorbereitung sei. In Sachen der confessionslosen Schulen in Deutsch-Ostafrika sei ein volles Einverständniß zwischen Gouvernement und Missionen erzielt. Diese Schulen hätten keineswegs beigetragen, den Mohammedanismus zu fördern. In nicht allzu ferner Zeit würden die Unterbeamten des Schutzgebietes in der Mehrzahl aus der christlichen Bevölkerung rekrutirt werden können. Bei der Berathung des Etats für Deutsch-Ostafrika gab der Colonialdirector zu, daß die Frage der Wasserversorgung in Dar-es-Salaam noch der Klärung bedürfe. Die Position wurde abgesetzt. Die Position für die Fortsetzung der Usambarabahn bis Nuembo wurde abgelehnt. Im übrigen wurden die Etatspositionen bis Kapitel 2 Titel 2 einschließlich bewilligt.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 5. März.

Im Abgeordnetenhause wurde heute beim **Cultusetat** in Uebereinstimmung mit dem Beschluß der Budgetcommission die Forderung von 6000 Mk. für die Ausbildung altkatholischer Theologen mit 150 gegen 122 Stimmen gestrichen. Morgen wird die Berathung fortgesetzt.

Politische Tagesschau.

Danzig, 6. März.

Der „große Tag"

war gestern im Reichstag erschienen; in Erwartung der wichtigen Kundgebungen hatten sowohl die Reichsboten als auch das Publikum auf den Tribünen sich in großer Zahl eingefunden. Alle äußeren Merkmale eines „großen Tages" waren somit vorhanden; nur die von gewisser Seite mit Spannung erwarteten sensationellen Erklärungen blieben aus. Die Auslassungen des Grafen Bülow über die politische Lage lassen sich dahin zusammenfassen:

Unsere Beziehungen zum Auslande haben sich seit Mitte Dezember, wo der Reichskanzler zuletzt der Volksvertretung über die politische Gesammtlage Aufschluß gegeben hat, in keiner Beziehung geändert. Und was die innere Politik anlangt, so liegt für den Grafen Bülow ebenfalls keine Veranlassung vor, dem wirthschaftlichen Programm, das er als Ministerpräsident in seiner Einführungsrede im Landtage entwickelt hat, irgend welche neue Gesichtspunkte hinzuzufügen.

Mit dieser nüchternen Darlegung schien Graf Bülow manchen eine gewisse Enttäuschung bereitet zu haben, in erster Linie denjenigen, die aus einzelnen Begleiterscheinungen der Reise des Kaisers nach England gern Kapital für eine allgemeine Englandhetze schlagen möchten. Diese Species von „nationalen" Politikern dürfte allerdings durch die wiederholte Erklärung des Reichskanzlers, daß ein Einvernehmen der beiden Reiche auf dem Boden absoluter Parität im Interesse beider Staaten liege und von wesentlichem Einfluß sei auf die Gestaltung der internationalen Machtverhältnisse, wenig angenehm berührt sein. Die Pflege freundschaftlicher Beziehungen zu Rußland, ebenfalls auf der Basis vollster Selbständigkeit, wird nach der Erklärung des Herrn Reichskanzlers auch fernerhin eine der wichtigsten Aufgaben unserer auswärtigen Politik bilden. Einer Erörterung der zukünftigen Gestaltung unserer wirthschaftlichen Beziehungen zu Rußland ging Graf Bülow, obwohl Graf Stolberg eine solche Erklärung unter Hinweis auf den bekannten officiösen Artikel der „Petersburger Handels- und Industriezeitung" direct provocirte, aus dem **Wege**. Dafür sagte er den Agrariern **einige liebenswürdige Worte hinsichtlich der Erhöhung der Getreidezölle** ungefähr in dem Rahmen seiner früheren Zusicherungen. Zweifelhaft blieben die Ausführungen des Grafen Bülow, ob er — wenigstens in dem jetzigen Stadium der Berathung des Zolltarifs — einer allgemeinen Erhöhung der Getreidezölle — die Agrarier verlangen bekanntlich einen „lückenlosen" Zolltarif — zuzustimmen bereit ist; als unerläßlich hält er aber speciell die Erhöhung des Roggen- und Weizenzolles. Ueber das Maß der Erhöhung der Zollsätze sich jetzt schon auszusprechen, lehnte der Reichskanzler ab, weil eine Beschlußfassung des Bundesrathes noch nicht vorliegt. Die Regierung hofft, daß es ihr gelingen werde, auf annehmbarer Basis Tarifverträge zu Stande zu bringen, die auch das Interesse der Landwirthschaft genügend berücksichtigen. Die Mehreinnahmen aus den Zöllen für Lebensmittel sollen vornehmlich zur Hebung der Wohlfahrtseinrichtungen des Reiches verwendet werden. Damit meinte Graf Bülow wohl einen weiteren Ausbau der socialen Gesetzgebung im Sinne der bekannten Anregung des Centrums. Mit den Agrarschutzzöllnern ist der Reichskanzler der Ansicht, daß für die Arbeiter nicht niedrige Lebensmittelpreise das wichtigste seien, sondern eine ausreichende Arbeitsgelegenheit. Aber wenn keine ausreichende und lohnende Arbeitsgelegenheit, wenn z. B. die Höhe der Agrarzölle die Handelsverträge hindern? Bei dem Entgegenkommen gegen die Agrarier glaubte der Herr Reichskanzler für die Berechtigung seiner Wirthschaftspolitik es nicht entbehren zu können, zu betonen, daß die neuere deutsche zollpolitische Gesetzgebung nur von nationalen Rücksichten dictirt und inspirirt werde. Die Gegner dieser Wirthschaftspolitik sind — das hat der Herr Reichskanzler zwar nicht ausgesprochen, wird aber sicherlich von den Agrariern nachgeholt werden — natürlich dann nicht national.

Die Vertheilung der neuen Provinzialdatationen

soll hauptsächlich unter dem Gesichtspunkte geschehen, das bisherige Mißverhältniß zwischen den Aufwendungen für den Westen und Osten zu beseitigen. Die durch das Gesetz vom 8. Juli 1875 zum Abschluß gebrachte Dotation der Provinzen beruhte auf dem Gedanken, daß den Provinzen bisher vom Staate selbst wahrgenommene Aufgaben zu übertragen seien und daß ihnen zur Bestreitung der dadurch erwachsenden Kosten eine Staatsrente im Betrage der vom Staate selbst bisher dafür gemachten Aufwendungen zu gewähren sei. Es handelt sich dabei hauptsächlich um die Armenpflege und das Wegewesen. Es galt nun, den östlichen Provinzen einen kleinen Ausgleich für die schwere Benachtheiligung zu gewähren, welche ihnen durch die Vertheilung der 15 Millionen Mark für Verwaltung und Unterhaltung der bisherigen Staatsstraßen nach der Länge der in den einzelnen Provinzen vorhandenen Straßen dieser Art zugefügt werden mußte. In Folge dieses Vertheilungsmaßstabes haben die verkehrsreicheren Landestheile, in denen sich ein Staatsstraßennetz von größerer Länge befand, einen sehr viel stärkeren Antheil an der Summe von 15 Millionen Mark erhalten als die verkehrsschwächeren östlichen Landestheile, in denen das Staatsstraßennetz noch wenig ausgebildet war. So hat z. B. der Provinzialverband an Posen nur 400 000 Mk. erhalten, während der Provinzialverband von Westfalen 1 700 000 Mk. erhielt. Die Folge war die, daß, nachdem auch in den östlichen Landestheilen das Verkehrsbedürfniß die Herstellung eines dichteren Netzes von Kunststraßen nothwendig gemacht hat, die östlichen Provinzen nicht nur diese neuen Kunststraßen aus ihren Mitteln herstellen, sondern ganz auf eigene Kosten erhalten und verwalten mußten. Um nun hier den nöthigen Ausgleich herbeizuführen, ist ein Jahresbetrag von 3 Millionen Mark bestimmt, welcher ausschließlich den bei der Vertheilung des Chausseeunterhaltungsfonds zu kurz gekommenen Provinzen zu Theil werden soll, die anderen 7 Millionen Mark sind bestimmt, den Provinzen die Erfüllung der ihnen und den nachgeordneten Communal-Verbänden obliegenden Aufgaben zu erleichtern, ohne deren Kreis zu erweitern. Hier nimmt die Armenpflege mit ihren verschiedenen Nebenzweigen, dem Corrigenden-, Irren-, Taubstummen- und Idioten-Wesen die erste Stelle ein. Auch auf diesem Gebiete ist daß Mißverhältniß zwischen den 1895 und früher den Provinzen überwiesenen Mitteln und den Kosten, welche sie für die offene und geschlossene Armenpflege aufzuwenden haben, bei den östlichen Provinzen noch größer geworden, als bei den übrigen. Denn während bei der Verschiebung der Bevölkerung nach den großen Städten und den Industriecentren den östlichen Provinzen viele Arbeits- und Steuerkraft verloren gegangen ist, ist ihnen die Verpflichtung für die auswärts dem Erwerb nachgehenden Angehörigen im Falle der Verarmung zu sorgen, meist im vollen Umfange verblieben. Vertheilt man daher jene 7 Millionen Mk. Jahresrente auf die Provinzen nach der Maßgabe, einerseits der Leistungsfähigkeit, andererseits des Leistungsbedürfnisses, so wird auch hier der Antheil der leistungsschwächeren östlichen Provinzen der größere sein müssen, so daß von dem Gesammtbetrage von **10 Millionen Mark diesen Landestheilen vielleicht etwa zwei Drittel zufallen werden, während der Rest den westlichen Provinzen zu gute kommen wird. Daß diese Vertheilung der Gerechtigkeit und Billigkeit entspricht, erhellt aus der Thatsache, daß auch die Landesdirectoren der westlichen Provinzen sich mit der geplanten Vertheilung des Gesammtbetrages von 10 Millionen Mark** auf die einzelnen Provinzial- und Communalverbände im Princip einverstanden erklärt haben.

Aus dem österreichischen Skandalparlament.

Wien, 5. März. Im Abgeordnetenhause wurden heute nach Verlesung des Einlaufes verschiedene Anfragen an den Präsidenten gestellt, darunter eine der Tschechisch-Radicalen. Dem Abgeordneten Bazvorka, welcher tschechisch spricht, rufen alle Deutschen zu: „Was spricht der Mensch?" Der Vorsitzende macht den Abgeordneten Bazvorka darauf aufmerksam, daß es nicht angehe, statt der Anfragen an den Präsidenten Reden zu halten. Bazvorka entgegnet heftig, worauf ihm der Vorsitzende das Wort entzieht. Als der Vorsitzende zur Tagesordnung übergehen will, eilt der tschechisch-radicale Abgeordnete Fressl auf die Präsidententribüne, entreißt ihm die dort liegenden Papiere und zerknüllt sie. Der Abg. Malik eilt auf Fressl los und schlägt auf ihn zu, ebenso der Abg. Berger. Die beiderseitigen Parteigenossen rissen die Streitenden auseinander. Die Sitzung wird unterbrochen. Die Jungtschechen verhalten sich während des Auftrittes passiv. Sie mißbilligen das Verhalten Fressls. Nach Wiederaufnahme der Sitzung reclamiren Fressl und dessen Parteigenossen das Wort für den Abgeordneten Bazvorka. Der Präsident ertheilt Horiza das Wort zum Rekruten-Contingent. Neuerliche Protestrufe der Tschechisch-Radicalen folgen. Die Jungtschechen nehmen offen gegen Fressl Stellung und beschimpfen und bedrohen ihn mit Fäusten. Dies Vorgehen der Jungtschechen wird vom ganzen Hause mit Beifall aufgenommen. Schließlich tritt Ruhe ein und es beginnt die Debatte über das Rekrutencontingent, wozu nun der Abgeordnete Horiza spricht.

Vom südafrikanischen Kriege

liegen auch heute nur spärliche Mittheilungen vor. Sie lauten:

Bloemfontein, 5. März. (Tel.) Generalgouverneur **Milner** ist am 2. März hier eingetroffen und gestern mit Kitchener nach Norden abgegangen. 15 Wagen mit flüchtigen Boeren sind aus Tabanchu hier angekommen.

London, 6. März. (Tel.) Die **gesammten südafrikanischen Verluste** im Februar einschließlich der als Invaliden heimgesandten Mannschaften betragen 95 Offiziere und 2274 Mann. Seit Beginn des Krieges sind in Südafrika gefallen: 664 Offiziere, 13 137 Mann. Die Gesammtzahl der Verluste ausschließlich der Invaliden, welche sich wieder erholt haben, beträgt 685 Offiziere, 16 174 Mann.

In England ist inzwischen eine scharfe **Controverse** entstanden über die Frage, wer für die anfänglichen **militärischen Niederlagen in Südafrika verantwortlich** zu machen sei. Der bisherige Höchstcommandirende der britischen Armee, Lord Wolseley, hat im Oberhause den Wunsch ausgedrückt, daß die Stellung seiner Nachfolger derartig gestärkt werde, daß dieselben einen größeren Antheil an der Heeresverwaltung hätten, als dem Höchstcommandirenden gegenwärtig zugestanden sei. Bei dem gegenwärtigen System sei thatsächlich das Commando über das Heer einem Nichtmilitär, dem Staatssecretär, übergeben. Dies System sei nachtheilig für die Schlagfertigkeit der Armee und gefährlich für die höchsten Interessen des Reiches. Gegen diesen Versuch, die Mißerfolge von der Heeresführung ab- und dem Kriegsministerium zuzuwälzen, erwiderte der Kriegsminister Marquis of Lansdowne, daß die gemachten Fehler nicht auf das bestehende System zurückzuführen seien, sondern darauf, daß das System nicht so zur Anwendung gekommen sei, wie es hätte geschehen können. Wenn Wolseley ein wenig mehr bereit gewesen wäre, aus großen Gelegenheiten, die in seinem Bereiche lagen, Vortheil zu ziehen, und über seine Chancen ein wenig sorgsamer gewacht hätte, könnten die Dinge anders verlaufen sein. Wenn Wolseley den Anordnungen, die von ihm Aufstellung von Offensiv- und Defensivplänen verlangten, besser nachgekommen wäre, hätte er vielleicht vor dem Boerenkriege der Regierung mittheilen können, daß Ladysmith nicht eine für die Besetzung durch englische Truppen geeignete Station sei, und der Regierung warnend sagen können, daß mehr als ein Armeecorps nöthig sei zur Unterwerfung Transvaals. Marquis of Lansdowne schloß:

„Ich bin überzeugt, daß Wolseley seine besonderen Befugnisse nicht genügend gewürdigt hat."

Diese Controverse hat dann gestern eine Fortsetzung gefunden. In der gestrigen Sitzung des Oberhauses wurde Wolseley von mehreren Seiten vertheidigt, von anderen um so heftiger angegriffen. So führte Dunraven aus, wenn die Anklagen begründet seien, so ginge aus ihnen hervor, daß Wolseley unnöthigerweise den südafrikanischen Krieg verlängert habe und für viele Schläge verantwortlich sei. Spencer sagte, er sehe es für ein Unglück an, daß man Geheimnisse des Kriegsamtes zu Zeiten einer Krisis aufdecke.

Ueber den weiteren Fortgang der Sitzung wird uns heute noch telegraphisch gemeldet:

London, 6. März. (Tel.) In der fortgesetzten Debatte über die Mißstände in der Heeresverwaltung vertheidigten der Lordpräsident des Geheimen Raths, Herzog von Devonshire, und der Premierminister Salisbury die Ausführungen Lansdownes. Letzterer betonte, die Führung des Heeres beruhe lediglich auf der Tüchtigkeit der Mannschaften. Wolseley bedauert Lansdownes

Rede und behält sich eine nähere Widerlegung für eine spätere Gelegenheit vor.

Es ist begreiflich genug, daß diese Vorgänge in England überall die peinlichsten Empfindungen wachgerufen haben.

Zur Lage in China

meldet General-Feldmarschall Graf **Waldersee** am 4. d. M. aus Peking:

Am 1. hat eine **Erkundungs-Abtheilung** von **25 Mann** unter Oberstleutnant v. Wallmenich **unter Verlust von drei Todten** und einem Verwundeten die **Anwesenheit starker Truppen** westlich Lungthsüankuan (etwa 18 Kilom. westlich des Antsuling-Passes nahe der chinesischen Mauer) festgestellt. Auch bei Wuthai (50 Kilom. südwestlich Lungthsüankuan in Schansi) stehen erhebliche Kräfte.

Oberst v. Ledebur ist heute früh von Paotingfu mit vier Compagnien abgeschickt, um den Antsuling-Paß bis zur Mauer vom Feinde zu säubern und dauernd zu schützen.

Die „Wiener Abendpost" enthält genauere Nachrichten über die Theilnahme des österreichisch-ungarischen Detachements an der **Expedition nach Kalgan**, aus welchen hervorgeht, daß die Haltung des Detachements, seine Ausdauer und Manneszucht das einmüthige Lob aller fremden Offiziere fand.

Sechs in Schanghai vor Anker liegende Dampfer gingen Montag ab, nachdem die **Häfen im Norden** wieder eisfrei geworden sind. Die Häfen sind in diesem Jahre bei weitem nicht so lange gesperrt gewesen als in früheren Jahren.

Peking, 5. März. Der **Kaiser** ließ ein **Edict** veröffentlichen, wonach alle Decrete und Berichte, welche zwischen dem 20. Juni und dem 14. August 1900 erlassen, resp. erstattet worden, vernichtet werden sollen, um jede Spur derselben in der Geschichte zu verwischen.

Deutsches Reich.

* **Berlin**, 5. März. Das **Kaiserpaar** beabsichtigt Mitte dieses Monats wieder auf Schloß Friedrichshof bei der **Kaiserin Friedrich** einzutreffen. Auch die Kronprinzessin Sophie von Griechenland, welche nach vierwöchigem Aufenthalte bei der Kaiserin Friedrich am Montag die Heimreise nach Athen angetreten hatte, beabsichtigt nach der „Post" Ende April oder Anfang Mai ds. Js. abermals nach Schloß Friedrichshof zu kommen, und zwar diesmal in Begleitung ihrer Kinder. Gegenwärtig weilen nur noch der Prinz und die Prinzessin Adolf von Schaumburg-Lippe in unmittelbarer Nähe der kranken Kaiserin Friedrich, ein Beweis, daß das Befinden der hohen Frau augenblicklich zu Besorgnissen keinen Anlaß bietet. Prinz und Prinzessin Adolf werden dem Vernehmen nach längere Zeit in Friedrichshof verweilen.

Berlin, 5. März. Die **Ansprache des Kaisers** bei der gestrigen Musterung des **Marine-Transportes für Kiautschou** in Wilhelmshaven hatte einem Berichterstatter zufolge nachstehenden Wortlaut:

„Soldaten! Ihr fahrt nun hinüber in ein fremdes Land, welches durch die Ereignisse der letzten Monate an sich erfahren hat, was deutsche Disciplin, deutsche Tapferkeit und deutsche Manneszucht bedeuten. Der Fremde hat erfahren, was es heißt, den deutschen Kaiser und seine Soldaten zu beleidigen. Eine ernste Lehre ist unserem Feinde ertheilt worden und alle Nationen haben kennen gelernt, wie deutsche Soldaten kämpfen, siegen und sterben. Alle haben Achtung vor unserer Kriegskunst und Ausbildung bekommen, möget Ihr denn in der Fremde tadellose Manneszucht, Gehorsam, Tapferkeit und alle guten Eigenschaften an Geist und Körper bekunden. Möget Ihr dafür sorgen, daß der Ruhm des Vaterlandes auf der ganzen Erde bekannt werde, daß das Waffenschild der Armee und der Marine unversehrt und die deutschen Fahnen unbefleckt erhalten bleiben. Ich erwarte von Euch, daß Ihr dasselbe leisten werdet, als Eure Kameraden, die auswärts kämpfen."

* **[Gegen die Brodzollerhöhung.]** Den Protesten gegen jede Erhöhung der Getreidezölle werden sich nach dem „Niederschles. Anz." die Magistrate von **Grünberg** und **Neusalz** anschließen. In der Stadtverordnetensitzung in Grünberg erklärte der Bürgermeister, daß der Magistrat, falls alle deutschen Städte einmüthig vorgehen, sich diesem Vorgehen sicher gern anschließen werde, weil die Erhöhung der Getreidezölle eine Vertheuerung der Lebensmittel der breiten Masse des Volkes und namentlich der Arbeiter in sich schließe und die Bekämpfung einer Erhöhung daher wohl als communale Aufgabe zu betrachten sei.

* **[Aenderungen der Wehrordnung.]** Der Kaiser hat einer größeren Anzahl von Aenderungen der Wehrordnung vom 22. November 1888 seine Zustimmung gegeben, die meist aus inzwischen erfolgten Umgestaltungen in den militärischen Verhältnissen nothwendig geworden sind. So ist nunmehr die Bestimmung aufgenommen, wonach auf **Volksschullehrer** und Candidaten des Volksschulamtes, welche den Berechtigungsschein zum einjährig-freiwilligen Dienst erworben haben, die für Einjährig-Freiwillige gegebenen Bestimmungen Anwendung finden. **Die Zurückstellungen** Militärpflichtiger auf Grund besonderer, nicht im Gesetze ausdrücklich vorgesehener Verhältnisse, die von der Ersatzbehörde dritter Instanz verfügt werden können, sind jetzt auf einen dreijährigen Zeitraum beschränkt.

▢ **Posen**, 5. März. **Protestversammlungen** gegen die beabsichtigte Erhöhung des **Kornzolles** haben in Schönlanke und Rawitsch stattgefunden. In beiden Versammlungen, die gut besucht waren, wurden entsprechende Resolutionen angenommen.

Koschmin, 5. März. Amtliches Wahlresultat. Bei der **Landtagsersatzwahl** im achten Wahlbezirk des Regierungsbezirks Posen wurde der polnische Candidat Dr. **Chlapowski**, Arzt in Posen, mit 378 von 537 Stimmen **gewählt**. Baumeister Koeppel-Krotoschin (nat.-lib.) erhielt 159 Stimmen.

Würzburg, 4. März. Der **fränkische Weinhändlerverband** protestirte in Denkschriften an Reichstag und Bundesrath gegen die **Kellercontrole**, die ungerecht, überflüssig und entwürdigend sei, ferner gegen die Erhöhung der Weinzölle; Verschnittweine seien nothwendig zur Verwerthung kleiner Weißweine und Kräftigung der leichten deutschen Rothweine. Schließlich beschloß der Verband Stellungnahme gegen die Flaschen- und Kapseln-Ringe.

München, 6. März. Der **Prinz-Regent begnadigte** anläßlich seines 80. Geburtstages etwa tausend Personen, darunter fünf zum Tode Verurtheilte.

München, 5. März. Anläßlich seines bevorstehenden 80. Geburtsfestes überwies der **Prinz-Regent** 10 000 Mk. der Münchener Armenpflege und dem Münchener Verein zur Errichtung eines Denkmals für König Ludwig II. 20 000 Mk.

Holland.

Amsterdam, 5. März. Die **Königin** und **Prinz Heinrich** der Niederlande sind heute Vormittag 11½ Uhr hier eingetroffen und am Bahnhofe von den Behörden empfangen worden. Nach einer Ansprache des Bürgermeisters fuhren die Königin und der Prinz der Niederlande nach dem königlichen Palais, wo sie von der Königin-Mutter empfangen wurden. Auf dem ganzen Wege vom Bahnhofe bis zum Palais stand eine dichtgedrängte Volksmenge, welche das königliche Paar mit nicht enden wollenden Hochrufen begrüßte. Nach der Ankunft im Palais traten die Königin und der Prinz auf den Balkon, was zu immer erneuten begeisterten Hochrufen Anlaß gab.

England.

London, 5. März. Im **Unterhause** verlas der Sprecher eine **Botschaft des Königs**, in welcher dieser das Haus ersucht, gesetzliche Bestimmungen zu treffen über **Bezüge des Herzogs** und der Herzogin von **Cornwall**, der Prinzessin Louise, der Prinzessin Victoria, der Prinzessin Karl von Dänemark und ebenso der Königin für den Fall, daß die letztere ihn überleben sollte.

London, 6. März. Bei dem Schluß der Sitzung des **Unterhauses** um Mitternacht kamen **stürmische Auftritte** vor. Im Laufe des Abends fand die Berathung der Creditvorlage von 17 Millionen statt. Nachdem der von dem Minister Balfour beantragte Schluß der Debatte unter dem Widerspruch der Irländer angenommen war, weigerten sich mehrere Nationalisten, über die Creditvorlage abzustimmen. Der Erste Lord des Schatzes, Balfour, beantragte, die betreffenden Mitglieder von der Sitzung auszuschließen. Der Antrag wurde angenommen. 11 Nationalisten weigerten sich, den Saal zu verlassen, und wurden mit Gewalt unter dem Lärm der Irländer von Polizeibeamten aus dem Saal geschleppt. Schließlich wurde die Creditvorlage votirt und das Haus vertagt.

Rußland.

Petersburg, 6. März. Die Polizei verwehrte am 4. März etwa 200 hiesigen **Studenten** den Eintritt zu dem anläßlich des Gedenktages der Leibeigenenbefreiung in der Kasanschen Kathedrale abgehaltenen Gottesdienst. Die Studenten, welche die Zarenhymne sangen, wurden von berittener Polizei den Newski-Prospect entlang auf den Hof des Stadthauses gedrängt. Als die Studenten die Ansprache des Stadthauptmanns mit Lärm beantworteten, führte die Polizei sie gewaltsam in Polizeigewahrsam ab.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 6. März.

Wetteraussichten für Donnerstag, 7. März, und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Meist kälter, wolkig, bedeckt, Niederschläge. Lebhafte Winde. Sturmwarnung.

Freitag, 8. März. Feuchtkalt, wolkig, unruhig. Starke Winde.

Sonnabend, 9. März. Meist frostig, wolkig mit Sonnenschein, Niederschläge. Windig.

* **[Stadtverordnetensitzung** am 5. März.] Vorsitzender Herr Berenz; Vertreter des Magistrats die Herren Oberbürgermeister Delbrück, Bürgermeister Trampe, Stadträthe Toop, Dr. Damus, Fehlhaber, Dr. Bail, Dr. Ackermann, Mechbach, Mitzlaff, Hein und Poll.

Nach Kenntnißnahme von dem Protokoll über eine gegen Ende Februar unvermuthet abgehaltene außerordentliche Revision des städtischen Leihamts, bei welcher Alles in bester Ordnung gefunden wurde, gelangte die in voriger Sitzung vertagte Angelegenheit wegen **Vermehrung des Bureaupersonals des Magistrats** zur Berathung. Der in einer umfangreichen, das Anwachsen der Magistratsgeschäfte näher darlegenden Vorlage motivirte Antrag lautete dahin, daß in den Ausgabe-Etat für die allgemeine Verwaltung pro 1901:

1. **drei Secretärstellen** mit einem Anfangsgehalt von 2600 Mk.,
2. **fünf Bureau- bezw. Kassenassistentenstellen** und zwar drei mit einem Anfangsgehalt von je 1700 Mark und zwei mit dem Anfangsgehalt von je 1500 Mark,
3. **eine Botenstelle** mit dem Anfangsgehalt von 1200 Mark

eingestellt werden.

Referent Stadtv. Syring hob hervor: Der Magistrat habe die Personalvermehrung mit dem Anwachsen der Geschäfte begründet und diese Forderungen gestellt, weil es nicht mehr möglich sei, mit den vorhandenen Arbeitskräften in einer ordnungsmäßigen Geschäftsführung auszukommen. Der Magistrat habe für die Begründung ein umfangreiches Material zusammengestellt, welches seine Angaben über den Mangel an genügenden Arbeitskräften bestätigen. Er stehe nicht an zu erklären, daß er nach eingehender Prüfung dieses Materials die Forderungen des Magistrats für durchweg begründet halte und er beantrage deshalb, dem Magistratsantrage die Zustimmung zu ertheilen. Redner ging dann auf die Verhältnisse der einzelnen Ressorts ein, schilderte das Anwachsen der Arbeitslast in denselben und begründete die Nothwendigkeit jeder einzelnen der geforderten neuen Stellen. Durch diese Personalvermehrung werde der Etat um jährlich 17 100 Mk. gesteigert. Man müsse sich aber schon dazu entschließen, weil zu große Sparsamkeit nirgend schlechter angebracht sei als gerade bei den Arbeitskräften für eine vielseitige Verwaltung. Es werde deshalb dem Wohle der Stadt gedient, wenn die Vorlage angenommen werde.

Stadtv. Bauer: Es sei eine heikle Sache, in diesem Falle gegen die Magistratsforderung anzukämpfen. Aber er könne sich doch einer gewissen Beklemmung nicht erwehren. Wenn der Magistrat an uns herantritt mit einer solchen Forderung und begründet sie in dieser Weise, so sei es für den einzelnen Stadtverordneten nicht möglich zu beurtheilen, ob die Stellen absolut nöthig sind. Immerhin wäre ihm Material zur Beurtheilung des Verhältnisses der Steigerung der Beamtenzahl zu dem Wachsthum der Einwohnerzahl erwünscht gewesen. Mit diesem Maßstab gemessen, erscheine ihm die Vorlage zu weitgehend. Der Magistrat werde es ihm nicht verargen, wenn er mit ernster Sorge die Vorlage prüfe und nicht ohne Weiteres ja sage. Das Anwachsen der Bevölkerung reiche nicht aus, die heutige Vorlage zu begründen, es scheine ihm, als werde wesentlich Entlastung oder ein complicirter Apparat beabsichtigt. Die Entlastung würde um so auffälliger sein, als erst kürzlich weitgehende Aufbesserungen der Gehälter eingetreten sind. Er habe den Etat sorgfältig studirt und könne, wie unsere Verhältnisse sich gestalten, nur sagen, es liege alle Veranlassung vor zu sparen, wo es nur möglich sei, umsomehr als wir uns nächstens zu einer Steuererhöhung werden entschließen müssen und die Einkommensverhältnisse der Bürgerschaft sich in nächster Zeit nicht verbessern, vielmehr, wie zu befürchten, verschlechtern würden.

Oberbürgermeister Delbrück: Er könne Herrn Bauer die Beklemmung nicht verargen und nur versichern, daß es auch dem Magistrat recht schwer geworden sei, diese Vorlage zu machen. Herr Bauer habe sich in seiner Beklemmung aber an einen Ast geklammert, der nicht halte. Sollen die Beamtenstellen nach der Seelenzahl sich richten, so ist als selbstverständlich vorauszusetzen, daß sich in dem Umfang der Arbeiten nichts geändert hat. Wenn Sie den Standpunkt des Herrn Bauer verallgemeinern wollen und bis 95 oder 90 zurückgehen, so können sie gleich bis auf die friedlichen Zeiten der fünfziger Jahre zurückgehen, wo der Magistrat mit einem kleinen Beamtenkörper wirthschaften und seine Geschäfte mehr oder minder gut erledigen konnte. Wir haben aber in unserer Vorlage nachgewiesen, daß die Arbeit unverhältnißmäßig gestiegen sei in Folge der socialpolitischen und der sonstigen neueren Gesetzgebung. Auch das Standesamt hat eine weit höhere Steigerung der Geschäfte aufzuweisen, als das Wachsthum der Bevölkerung bedingen würde. Als völlig neu beansprucht das Gewerbegericht durch die Handwerker-Organisationen, das Kranken- und Versicherungswesen ganz bedeutende Arbeitslast, die dem Magistrat erwachse. Ebenso sei es bei der Armenverwaltung. Er erinnere nur an die Ermittelungsverfahren für Zwecke der Strafjustiz, welcher jährlich 5000 Gutachten über Vermögens- und Erwerbsverhältnisse zu erstatten seien. sie erforderten eine sorgfältige und eingehende Behandlung, zumal sie im Justizverfahren Urkundenqualität haben. Auch das Baubureau werde durch das jetzige Rechnungswesen sehr in Anspruch genommen. Gerade die Stadtverordneten-Versammlung sei ein Factor mit zur Vermehrung der Bureauarbeit. Ihre rege Betheiligung an der Arbeit sei mit großer Freude zu begrüßen, ein wesentlicher Vortheil der Selbstverwaltung und durchaus nützlich; er sei der Erste, der das anerkenne, denn einmal gebe es die Gewähr, daß die Versammlung in der Lage sei, die Verwaltung zu übersehen und mit praktischen Anregungen zu erfüllen, dann aber giebt sie auch den Beamten einen Ansporn zur Sorgsamkeit und Gewissenhaftigkeit. Aber die Arbeiten der Decernenten und der Bureaux werden dadurch doch auch recht erheblich vermehrt und wir sind allmählich an der Grenze des Möglichen unserer Leistungsfähigkeit angekommen. Einzelne Dernenten sind in einer Weise in Anspruch genommen, daß ich als Magistratsdirigent mich fragen muß, ob das noch zulässig sei, ob ich es noch verantworten kann. Wenn diese Herren dann eventl. den Wanderstab nehmen und wo anders hingehen, wo ihnen dasjenige Maß von Hilfskräften gegeben wird, das sie brauchen, so würde ich das vollständig verstehen. Ich hoffe, daß es Ihnen nach unbefangener Prüfung dieser Verhältnisse nicht schwer sein wird einzusehen, daß die Zunahme der Beamten nicht im Verhältniß steht zum Wachsen der Bevölkerungsziffer, denn ich glaube, durch meine Ausführungen diejenigen des Herrn Bauer entkräftet zu haben. Die Versammlung werde doch dem Magistrat halbwegs so viel Vertrauen entgegenbringen, daß er nicht mehr Beamte verlangt, als er für unbedingt nöthig erachtet.

Stadtv. Dr. Lehmann: Herr Bauer habe die wirthschaftlichen Fragen gestreift, die in Betracht kommen, auch gewisse Perspectiven angedeutet. Die Thatsachen der letzten Zeit sprechen deutlich. Die starke Inanspruchnahme des Personals des Magistrats mußte doch schon im vorigen Jahre bekannt sein, damals wurde die Erhöhung der Beamtengehälter damit begründet, daß die Beamten stärker in Anspruch genommen werden müssen, jetzt würden für diese Mehrarbeit wieder neue Kräfte verlangt. Da nach den Worten des Herrn Oberbürgermeisters der Magistrat aus dieser Sache gewissermaßen eine Cabinetsfrage mache und es sehr heikel sei, auf eine solche Frage einzugehen, nicht minder heikel, sie anzuschneiden, so werde er (Redner) sich der Abstimmung enthalten. Er sei noch ein jüngeres Mitglied der Versammlung und wolle den älteren Collegen die Verantwortung überlassen.

Bürgermeister Trampe: Hr. Dr. Lehmann befinde sich im Irrthum, wenn er glaube, daß die Mehrarbeit der Beamten s. Zt. als Grund für die Gehaltserhöhungen angeführt wurde. Der Vergleich der Gehaltsverhältnisse anderer Städte, namentlich des Staates und der Provinz hätte dazu Veranlassung gegeben, die Gehälter zu erhöhen, um nicht einen minderwerthigen Beamten-Apparat zu bekommen. Sie können mir glauben, daß ich als Personaldecernent nur nothgedrungen dem Magistrat mit dieser Forderung gekommen bin. Ich bin mir der Schwierigkeit unserer Finanzlage voll bewußt. Da ich mich aber überzeugen mußte, daß es so nicht weiter gehen kann, habe ich die Mühe nicht gescheut, Ihnen alles Material zur Beurtheilung unserer Bureauverhältnisse herbeizuschaffen. Bei der Wasserleitungsverwaltung sei seit 30 Jahren, beim Standesamt seit 1891 keine Personalvermehrung eingetreten, obwohl die Arbeit stetig bedeutend gewachsen sei. Bei der Armenverwaltung sei allerdings erst 1898 die fünfte Abtheilung eingerichtet worden, aber die Geschäfte seien seitdem so gestiegen, daß das Verhältniß jetzt schlechter stehe als vor Einrichtung der fünften Abtheilung, so daß jetzt eine sechste Abtheilung unbedingt erforderlich sei. Im Baubureau seien seit 15 Jahre keine Bureaubeamten angestellt worden, obwohl die Vermehrung der Techniker auch eine Vermehrung der Bureaukräfte nach sich ziehen müßte. Bei den Beleuchtungsanstalten handele es sich um Einrichtung einer kaufmännischen Buchführung, die den Stand der einzelnen Zweige des Betriebes jederzeit erkennen lasse.

Stadtv. Schmidt: Es sei schwer jemanden zu überzeugen, daß er keine Beamten braucht, wenn er das Gegentheil glaubt. Er wolle es mit dem Handeln versuchen und dem Magistrat in Berücksichtigung der Finanzen der Stadt empfehlen, den Stadtverordneten den Schmerz dadurch zu lindern, daß er jetzt einmal mit der Hälfte sich begnügen und eventuell später, wenn es gar nicht anders ginge, die andere Hälfte nachzufordern. Man solle es auch versuchen, die Beamten in den verschiedenen Ressorts aushelfen zu lassen, wenn irgendwo Noth an Mann sei. Er denke an eine Zeit, wo man ein solches Heer von Beamten für überflüssig halten werde und wo dann hin mit einer solcher Menge Angestellter? Im Bau-Bureau seien erst in den letzten Jahren mehrere Beamte neu gefordert worden. (Oberbürgermeister Delbrück: Technische!) Man könne auch bemerken, daß nach gewisser Zeit immer eine andere Beamtenkategorie vermehrt werde. Er glaube, daß das jetzt eingetroffen sei, was er bei der Titelverleihung an die Bureauchefs befürchtet habe. Er sage: Je höher der Titel, desto weniger Arbeit. Die Arbeit werde nach unten gedrängt. Der Magistrat möchte sich mit Hilfskräften zu helfen versuchen.

Bürgermeister Trampe: Leider könne der Magistrat Herrn Schmidt den Schmerz nicht erleichtern und nicht mit sich handeln lassen. Der Magistrat erbitte nur, was er als durchaus nothwendig erachte, und die Versammlung müßte zu dem Magistrat das Vertrauen verlieren, wenn er in solchem Falle der Nothwendigkeit nicht mit allem Nachdruck seine Forderung vertrete. Die Beschäftigung von Beamten in verschiedenen Ressorts sei unausführbar; auch die Hilfskräfte könnten nicht in der Weise beschäftigt werden, als die angestellten und vereidigten Beamten. Die Anschaffung der Schreibmaschinen habe schon bewirkt, daß keine Kanzlisten nachgefordert werden. Die Rückwirkung der Vermehrung des technischen Personals der Bauverwaltung auf das Bureaupersonal sei unausbleiblich.

Stadtv. Marx: Aus der Debatte ergebe sich, daß der Magistrat auf den Vergleich zu 50 Procent nicht eingehe. Wenn wir es uns nicht so bequem machen wollen, wie Herr Dr. Lehmann, der gar nichts sagen und die Verantwortung anderen überlassen will, so werden wir wohl zu dem Ganzen Ja oder Nein sagen müssen, denn zur Stimmenthaltung hat uns die Bürgerschaft nicht hieher geschickt. Im übrigen könne er Herrn Dr. Lehmanns Argumenten beitreten. Wenn unsere Herren Stadträthe auch nicht neunzig Jahre bei uns bleiben werden, so hoffe er doch, daß sie nicht aus diesem Grunde fortwandern. Wir werden wohl die Pille schlucken müssen, auch wenn sie bitter schmeckt. Thatsächlich sei eine bedeutende Mehrarbeit erwachsen durch die socialpolitische und die steuerliche Gesetzgebung der letzten Jahre, so daß nicht allein das Verhältniß des Wachsens der Bevölkerung maßgebend sein könne. Es stehe hier ungefähr so, wie bei Actiengesellschaften; wenn da die Direction ihre Geschäfte gut führt, versage der Aufsichtsrath ihr nicht die gewünschten Arbeitskräfte, um ihr nicht vor den Kopf zu stoßen. In wohlhabenden Städten, wie z. B. in Köln, würde eine Vorlage wie die heutige kaum von sich reden machen, wir sind allerdings genöthigt, auf den Pfennig zu sehen, weil wir arm sind. Redner werde daraus aber seine Nutzanwendung beim Etat ziehen. Was der Magistrat heute fordere, müsse man ihm gewähren.

Oberbürgermeister Delbrück: Er habe sich die Sache keineswegs bequem gemacht, sondern sie erst hin und her überdacht; er habe sich zunächst gefragt, ob durch eine anderweitige Organisation zu einer Ersparung von Arbeitskräften gelangt werden könne. Er habe gleich nach Uebernahme der Geschäfte für einen schnelleren Geschäftsgang gesorgt. Dazu gehören natürlich mehr Kräfte. Man könne es ja auch anders machen, ob das aber vorzuziehen sei, bezweifele er. Er gebe zu, daß er mit verantwortlich sei für diese Forderungen, aber er sei überzeugt, daß ein negatives Resultat herauskomme bei einer anderweiten Organisation. Er habe durchaus nicht die Cabinetsfrage gestellt. Er persönlich werde wegen dieser Sache nicht weggehen, er werde erst gehen, wenn er nicht mehr könne. Aber im Interesse der einzelnen Decernenten habe er darauf hingewiesen, daß man sich nicht wundern dürfe, wenn den einen oder anderen die Arbeitslast erdrücke und dahin zu gehen strebe, wo ihm die nöthigen Hilfskräfte nicht versagt werden. Thatsächlich seien einzelne Decernate dermaßen in Anspruch genommen, daß er sich wiederholt gefragt habe, ob er das noch länger zulassen könne und dürfe. Die Vertheilung von Beamten auf mehrere Ressorts sei nicht empfehlenswerth, dies führe nur zur Verschlimmerung des Uebelstandes. Wer in zwei Ressorts arbeitet, faulenzt auch doppelt, das sei eine alte Erfahrung. Hilfskräfte können eingeschulte Beamte nicht ersetzen.

Stadtv. Fuchs meint, auch die jüngeren Stadtverordneten dürften es sich nicht so bequem machen wie Herr Dr. Lehmann. Herr Dr. Lehmann habe seine Stimme auch bei viel wichtigeren Anlässen in die Wagschale fallen lassen. Redner befürwortet die Annahme der Magistratsvorlage. Er habe zu dem Magistrat das Vertrauen, daß er nur das Nothwendige verlange.

Stadtv. Dr. Lehmann: Er wolle nicht in so dithyrambischen Worten wie der Vorredner dem Magistrat sagen, daß alles so gut ist, wie dieser vorschlage. Er habe sich der Abstimmung enthalten wollen, weil er glaubte, daß der Magistrat die Cabinetsfrage gestellt habe.

Hierauf folgte die Abstimmung mit dem Resultat der **Annahme** der Magistrats-Vorlage.

Ebenfalls schon vor acht Tagen auf der Tagesordnung gestanden hatte der Antrag, daß von Block X des eingeebneten Festungsgeländes (ehemaligem Wallmeisteretablissement am Stadtlazareth) Parzellen zum Preise von 30 Mk. pro Qu.-Metr. an die Herrn Dr. Paul **Damme** und Otto **Münsterberg** verkauft werden, und zwar zu Villenbauten unter den vom Rayongesetz hier auferlegten Beschränkungen und den vom Magistrat aus ästhetischen Gründen für die Bebauung vorzuschreibenden Bedingungen, mit denen sich einverstanden zu erklären die Versammlung ersucht wurde. Dadurch, daß in voriger Sitzung eine Beschlußfassung nicht zu Stande kam, waren die mit kurzer Frist abgegebenen Offerten der Herren Dr. Damme und Münsterberg resultatlos abgelaufen. Eine Erneuerung war nicht erfolgt, dieser Theil der Sache also jetzt gegenstandslos. Es handelte sich also nur noch um die Bedingungen für den Verkauf und die Bebauung. Gegen die Beschlußfassung darüber erhob sich Widerspruch, weil die Tagesordnung den Gegenstand nur als „Verkauf von Festungsgelände des Blockes X" bezeichnet hatte, ein Theil der Versammlung daher der Meinung war, die Sache sei nicht vorschriftsmäßig publicirt worden. Nach einer sehr lebhaften, längere Zeit in Anspruch nehmenden Geschäftsordnungs-Debatte hierüber entschied die Versammlung mit 30 gegen 22 Stimmen, daß die obige Bezeichnung auf der Tagesordnung als ausreichend zu erachten sei, **vertagte** dann aber die Verhandlungen über die Sache selbst bis zur nächsten Sitzung.

Die Versammlung genehmigte darauf, daß die Hälfte der 57,57 Mk. betragenden Gesammtkosten für Reparaturen der Brandmauer des Hauses Langgarten Nr. 17, welche von der Stadtgemeinde und der Besitzerin des bezeichneten Hauses gemeinsam zu unterhalten ist, mit 28,78 Mk. aus städtischen Mitteln gezahlt werden.

Für das Realgymnasium zu St. Johann wurde eine neue wissenschaftliche Hilfslehrerstelle mit 2000 Mk. creirt mit der Bestimmung, daß die Remuneration von 2000 Mk. für den Fall, daß ein Hilfslehrer mit einem Dienstalter von mehreren Jahren berufen wird, nach Maßgabe der Besoldungsordnung steigen soll.

Schließlich wurden folgende drei Etatsvorlagen pro 1901/2 berathen und in erster Lesung festgesetzt:

1) **Lazareth am Olivaerthor:** Einnahme 127 350 Mk., darunter vom Kapital- und Grundbesitz-Vermögen des Lazareths 56 822 Mk., an Kur- und Verpflegungsgeldern 48 190 Mk.; Ausgabe 186 250 Mk., darunter Gehälter und Löhne 41 270, Pensionen 1447, Beköstigung 65 400 Mk., Hausbedürfnisse 20 200, Heilmittel 2c. 14 640 Mk.

2. **Lazareth in der Sandgrube:** Einnahme 85 400 Mk., davon Kur- und Verpflegungsgelder 82 430 Mk.; Ausgabe 172 700 Mk., darunter Gehälter und Löhne 30 480, Beköstigung 68 800, Hausbedürfnisse 26 890, Heilmittel 2c. 22 200 Mk.

3. **Arbeitshaus und Siechenstation:** Einnahme 30 200 Mk., darunter Arbeitsgewinn 9500, erstattete Kur- und Verpflegungskosten 19 900 Mk.; Ausgabe 120 950 Mk., darunter Gehälter und Löhne 27 370, Pensionen 2364, Beköstigung 63 601, Hausbedürfnisse 8550, Heilmittel 2c. 3105 Mk.

Beim Etat für das **Lazareth am Olivaer Thor** beantragt Stadtv. Knochenhauer den Gehalt des Oberapothekers von 2100 Mk. auf 2500 Mk. zu erhöhen. Die Stadt möge auch bei Besoldung dieser Beamten, die doch eine verantwortliche Stelle bekleiden, mit gutem Beispiel vorangehen. — Oberbürgermeister Delbrück hält den Antrag nicht für ausreichend begründet und warnt, heute darüber Beschlüsse zu fassen. Man müsse übrigens erst sehen, wie sich die Verhältnisse im neuen Lazareth gestalten. — Stadtrath Poll verweist auf die Beschlüsse der Commission, welche sich einstimmig für Beibehaltung des Gehalts in der Höhe von 2100 Mk. ausgesprochen hat. — Stadtv. Münsterberg empfiehlt Ablehnung des Antrages, da es bedenklich wäre, wenn in der Stadtverordneten-

versammlung solche Gehältserhöhungen bewilligt würden, ohne daß dieselben vorher den üblichen Instanzenweg durchlaufen hätten. Hierauf zieht Stadtv. Knochenhauer seinen Antrag zurück, empfiehlt jedoch dessen Erwägung für die Zukunft.

Beim Etat des **Lazareths in der Sandgrube** erscheint dem Referenten Dr. Liévin die Einnahme von 100 Mk. aus dem Betrieb des Röntgen-Apparates als zu niedrig, da für die Untersuchung eines Kindes 8 Mk. verlangt wurde und die Benutzung des Apparates eine häufige sei. — Stadtrath Poll bestätigt, daß der Apparat häufig benutzt werde, es geschehe dies jedoch meist kostenlos. Sonst wird für eine Untersuchung auf ärztliches Verlangen 6 Mk. gezahlt, bei photographischen Aufnahmen erhöhe sich dieser Betrag um 2 bis 10 Mk. Bei Inanspruchnahme des Apparates von Seite Privater wird eine Gebühr von 10 Mk. erhoben. — Die Gehaltszulage von 120 Mk. für den Heizer findet Referent als zu hoch. Stadtrath Poll verweist darauf, daß in allen ähnlichen Betrieben die Löhne in den letzten Jahren in weit größerem Umfange gestiegen seien.

Beim Etat des **Arbeits- und Siechenhauses** erwähnt Referent Dr. Liévin das Verhältniß der verringerten Einnahmen zu den gestiegenen Ausgaben. In den Jahren 1893—97 betrugen die Kosten für einen einzelnen Insassen 2046—2049 Mk. in diesem Jahre betragen sie 2322 Mk. Das sei ein enormes Wachsthum, was umsomehr zu bedeuten habe, als die Zahl der Insassen bedeutend herabgegangen sei. Im Jahre 1893 betrug die Zahl derselben durchschnittlich 130, jetzt beträgt sie nur 47. Dagegen sei die Zahl der Aufseher und Pfleger im gleichen Zeitraume von 16 auf 23 gestiegen. Trotz des letzteren Umstandes sind jedoch die Zustände in der Anstalt nicht etwa ideale geworden. Referent beantragt die drei neu angesetzten Aufseherinnenstellen für die Kinderanstalt mit je 240 Mk. bei freier Station zu streichen und hierfür aus der Irrenstation Ersatz zu schaffen, wo bei acht oder nenn Kranken drei Wärterinnen verwendet seien. — Stadtrath Poll hält die Verwendung dieser Wärterinnen wegen der Raumverhältnisse im Lazareth — die Kranken sind in zwei Etagen untergebracht — für nicht möglich, es sei auch die durchschnittliche Belegung der Abtheilung eine höhere. — Bürgermeister Trampe betont die Nothwendigkeit der Besetzung der drei Wärterinnenstellen in der Kinderanstalt, da er bei einer Revision selbst bemerkt habe, daß die Beaufsichtigung der Kinder eine mangelhafte sei. Eine Verwendung der Wärterinnen aus der Irrenabtheilung sei nicht angängig. — Dr. Liévin bemerkt, daß er seine Informationen von einem Anstaltsarzt habe, welcher die Reducirung des Wärterpersonals in der Irrenabtheilung für durchführbar halte. Redner giebt zu, daß damit größere Schwierigkeiten verbunden seien, es müsse jedoch gespart werden. Es sei erschreckend, wie die Ausgaben für diese Anstalt wachsen. — Stadtv. Münsterberg bittet dringend, den Antrag des Referenten nicht anzunehmen. Der Etat sei nicht nur das Werk des Magistrats, sondern auch das der Commission für die städtischen Krankenanstalten. Man habe dort über diesen Punkt eingehend verhandelt, da jedes Mitglied der Commission Abneigung gegen eine Personalvermehrung hatte. Trotzdem habe man nach Prüfung der Verhältnisse die Erhöhung des Wärterpersonals vornehmen müssen. — Nachdem noch Bürgermeister Trampe, Stadtrath Poll und Stadtv. Kownatzky gegen den Antrag des Referenten gesprochen, wurde derselbe abgelehnt. Dagegen wurde dem Antrage, die Remuneration eines Assistenzarztes von 1500 Mk. auf 1800 Mk. zu erhöhen, stattgegeben. — Bei den Löhnen des Wärter- und Dienstpersonals beantragte der Referent eine Herabminderung derselben um 210 Mk. Gegen diesen Antrag wandten sich Stadtrath Poll, Bürgermeister Trampe, sowie die Stadtv. Kownatzky, Schmidt, Karow und Münsterberg, worauf der Antrag des Referenten abgelehnt wurde. — Eine Anfrage des Stadtv. Schmidt, wie weit die Vorarbeiten für den Lazareth-Neubau gediehen seien, beantwortete Bürgermeister Trampe dahin, daß die Vorarbeiten in vollstem Gange seien und bei Eintritt günstiger Witterung mit den Bauarbeiten begonnen werden wird.

---

* **[Fürsorgegesetz.]** Um die nöthigen Verwaltungs-Bestimmungen für das am 1. April in Kraft tretende Fürsorgegesetz betreffend die **Zwangserziehung Minderjähriger** hatte der Herr Oberpräsident die Vertreter der interessirten Behörden zu einer vertraulichen Besprechung eingeladen. An derselben nahmen u. a. die Herren Regierungspräsident v. Holwede, Landeshauptmann Hinze, Consistorialpräsident Dr. Meyer, Polizeipräsident Wessel, seitens des Magistrats die Herren Oberbürgermeister Delbrück, Stadtschulrath Dr. Damus, der Decernent für das Armenwesen, Vertreter der inneren Mission, der einzelnen Corrections- und Erziehungs-Anstalten der Provinz etc. bei. Zu Beschlüssen kam es nicht. Der Herr Oberpräsident hörte nur die Meinungen der Theilnehmer an.

---

* **[Geltungsdauer der Rückfahrkarten zu Ostern.]** Aus Anlaß des bevorstehenden Osterfestes wird die Geltungsdauer der am 26. März d. J. und an den folgenden Tagen, sowohl vor als auch nach dem Feste gelösten gewöhnlichen Rückfahrkarten von sonst kürzerer Geltungsdauer bis einschließlich den **19. April** d. J. verlängert. Die Rückfahrt muß spätestens am 19. April bis 12 Uhr Mitternacht angetreten und darf nach Ablauf dieses Tages nicht mehr unterbrochen werden.

---

* **[Kreistag.]** Der Kreistag des Kreises Danziger Höhe ist auf Mittwoch, den 20. d. Mts., nach Danzig einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen außer Einführung des neu gewählten Kreistagsabgeordneten Herrn Rittergutsbesitzers Ernst Hoene zu Schwintsch hauptsächlich Wahlen und Erledigung von Rechnungssachen, sowie Beschlußfassung über die Aufnahme einer **Anleihe** von 45 000 Mk. zur Deckung der Kosten der theilweisen Pflasterung der Chaussee Leegstrieß-Ramkau.

---

* **[Schifferschule.]** Am Montag wurde in der hiesigen Fortbildungsschule der erste Cursus der hiesigen Schifferschule feierlich geschlossen. Als Vertreter des Magistrats war Herr Stadtrath Dr. Bail erschienen, die Kaufmannschaft vertrat Herr Neumann, in Firma Johannes Ick. Der Ansprache des Herrn Directors Fischer entnehmen wir Folgendes: Die Schule wurde mit 56 Theilnehmern, auf zwei Klassen vertheilt, am 27. Dezember eröffnet. Der Unterricht erstreckte sich auf Deutsch, Rechnen (Lehrer Brandies und Albrecht), Geographie, Handelslehre (Lehrer Jasse), Gesetzeskunde (Regierungs-Bausecretär Jacob), Maschinenbau (Constructionssecretär Eckart), Schiffbau (Ingenieur Frick), Schiffsdienst (Capitän Greiser) und Samariterdienst (Dr. Scharfenorth). Unterrichtet wurde an 55 Tagen von 4—6 Uhr Nachmittags. Der Schulbesuch war ein recht regelmäßiger, er betrug ca. 83 Proc. Anwesend waren durchschnittlich 24 Schüler in jeder Klasse. Dieselben folgten dem Unterricht mit größter Aufmerksamkeit, ihr Betragen war tadellos. Die Leistungen waren, wie aus der Schlußprüfung hervorging, ebenfalls recht gut. Zwei Schüler unterzogen sich mit Erfolg der Prüfung in Thorn und erwarben dadurch das Schifferpatent.

Herr Director Fischer dankte sowohl den Lehrern, welche die fürs erste noch schwierige Aufgabe zur vollsten Zufriedenheit lösten, wie auch den Schülern, die durch ihren großen Fleiß und ihr gesittetes Betragen den Lehrern ihre Aufgabe erleichterten. Er schloß mit den Worten: Wir können in jeder Beziehung mit den ersten Erfolgen der Danziger Schifferschule zufrieden sein — aller Anfang ist schwer. Da wir jedoch jetzt ein recht gutes Fundament gelegt haben, so dürfen wir mit dem sicheren Bewußtsein in die Zukunft blicken, daß unsere Schifferschule auf demselben weitergebaut werden kann und daß sie fürder blühen und gedeihen wird. — Es folgte alsdann die Prüfung in den einzelnen Fächern, die, wie schon erwähnt, ein sehr gutes Resultat lieferte. Hierauf ergriff Herr Stadtrath Dr. Bail das Wort. Er bemerkte, daß das Verdienst, die Schifferschule angeregt zu haben, der Firma Johannes Ick und speciell Herrn Neumann gebühre. Dieser erwärmte die Kaufmannschaft für seine Idee und letztere wandte sich dann mit einer entsprechenden Eingabe an den Magistrat, welcher wiederum bereitwilligst darauf einging. So sei die Schifferschule entstanden und, wenn sie auch jetzt vielleicht noch mancherlei Mängel aufweise, so habe er doch die Ueberzeugung, daß diese nach den jetzigen Erfahrungen bald beseitigt und daß die Schifferschule alsdann eine recht brauchbare Einrichtung werden würde. Auch hoffe er, daß im nächsten Jahre der Besuch ein noch zahlreicherer sein würde, und daß viele der jetzigen Schüler auch noch die Oberklasse besuchen würden. Im Namen des Magistrats sprach er sowohl dem Leiter der Schifferschule, Herrn Director Fischer, wie auch den Lehrern Dank und Anerkennung aus und wünschte den Schiffern, daß ihnen das im Cursus Erlernte recht viel Nutzen und Vortheil bringen möge.

---

* **[Von der Weichsel.]** Auch heute sind die Eisverhältnisse **bei der Weichsel** unverändert. Wasserstände: Thorn 0,96, Fordon 0,94, Culm 0,24, Graudenz 0,66, Kurzebrack 0,86, Pieckel 0,72, Dirschau 0,88, Einlage 1,84, Schiewenhorst 2,00, Marienburg 0,28, Wolfsdorf 0,04 Meter.

---

* **[Personalien bei der Justiz.]** Der Rechtsanwalt Oskar Diegner ist in die Liste der beim Amtsgericht in Marienburg zugelassenen Rechtsanwälte eingetragen, der Gerichtsassessor Schramm aus Danzig zur Rechtsanwaltschaft bei dem Amtsgericht in Kolmar i. Pomm. zugelassen. Der Gerichtsvollzieher Urbanski beim Amtsgericht in Danzig ist in gleicher Amtseigenschaft an das Amtsgericht in Thorn versetzt worden.

---

* **[Begräbniß.]** Ein großes Trauergefolge geleitete heute Vormittag den im 75. Lebensjahre verstorbenen Senior des hiesigen Gartenbau-Vereins Herrn Gärtnereibesitzer Max Raymann vom Trauerhause in Langfuhr aus, das in einen wahren Palmenhain umgewandelt war, zur letzten Ruhestätte auf dem alten Heiligen Leichnamskirchhof. Im Trauerhause hielt am Sarge, der mit großen Widmungskränzen von den Gemeindeorganen der Lutherkirche in Langfuhr, vom Danziger Gartenbauverein, vom Langfuhrer Verschönerungsverein, von der Langfuhrer Ressource, vom Personal der Firma Raymann geschmückt war, Herr Pfarrer Lutze die Gedächtnißrede, worauf sich der Trauerconduct nach dem erwähnten Friedhof begab, woselbst an der Gruft Herr Superintendent Boie die Grabrede hielt. Der Dahingeschiedene war einer der ältesten Bürger Langfuhrs und ist dort 42 Jahre ansässig gewesen, er war lange Zeit Bezirksvorsteher in Langfuhr und hat sich noch bis in die letzte Zeit an vielen öffentlichen Wohlfahrtsbestrebungen lebhaft betheiligt.

---

np **[Verein „Frauenwohl“.]** In der gestrigen Monatsversammlung theilte Frau Dr. Heidfeld zuerst mit, daß der zweite Vortrag des Herrn Gerichtsraths Wedekind über „Vermögensverwaltung“ Freitag, den 8., ein Vortrag des Fräul. Jordan am 15., und der Unterhaltungsabend des Vereins am 21. d. Mts. stattfinden, Billets zur Kunstausstellung für die Mitglieder im Bureau ausgegeben werden, und daß sich für die Waisenpflege 70 Damen gemeldet haben, deren Wirksamkeit wahrscheinlich im Oktober d. Js. beginnen wird. — Nach kurzer Discussion über die beantragte Einrichtung eines **ständigen Verkaufes von Handarbeiten**, wurde auf den Vorschlag von Frau E. Schirmacher beschlossen, den Plan wegen der damit verbundenen Kosten nicht auszuführen, sondern nach Beendigung der Weihnachtsmesse noch für die dort nicht verkauften Gegenstände vom 10. bis 20. Dezember einen Nachverkauf zu veranstalten. — Nachdem die Vereinsangelegenheiten erledigt waren, gab Frau Gerichtsrath Frank in einem längeren Vortrage sehr interessante Mittheilungen über das neue **Pestalozzi-Fröbel-Haus in Berlin** und seine großartigen Einrichtungen für Kinderpflege, Erziehung und weibliche Berufsbildung. Seine Gründerin, Frau Henriette Schrader, eine Großnichte Friedrich Fröbels, ist die leider vor zwei Jahren verstorbene Gattin des für Wohlfahrts-Einrichtungen unermüdlich thätigen Reichstagsabgeordneten, Director Schrader, und hat die in Verbindung mit dem 1872 ins Leben getretenen Verein für Volkserziehung zuerst in der Steinmetzstraße eingerichtete Anstalt, deren Protectorin die Kaiserin Friedrich in lebhaftem Interesse für ihre segensreiche Wirksamkeit wurde, zu einer solchen Höhe und Ausbreitung entwickelt, daß die bisherigen Räume nicht ausreichten. Da baute Frau Baurath Wentzel-Heckmann, die ihren fürstlichen Reichthum vielfach im Sinne edler Menschenliebe verwerthet, 1897 dem Pestalozzi-Fröbelhaus für seine volkserziehlichen Bestrebungen die neuen großartigen Anstaltsgebäude. Haus I enthält die Räume für Säuglingspflege, Kinderspeisung, den Kindergarten, Vermittelungs- und Elementarklasse, Kinderhort und Arbeitsschule, daneben ein Seminar für Kindergärtnerinnen und ein Pensionat, das Victoria-Mädchenheim. Ein großer Garten, in dem die Kinder ihre Beete anlegen und sich unter schattigen Bäumen im Freien tummeln können, steht mit dem Gebäude in Verbindung. Haus II bietet die Koch- und Haushaltungsschule von Hedwig Heyl, Curse für Koch- und Haushaltungslehrerinnen, für Stützen und Dienstmädchen. Kochcurse für Volksschülerinnen und ein Pensionat. Außerdem sind die sehr segensreich wirkenden Elternabende und regelmäßigen Vorträge über sociale Fragen, auch Kochcurse für Aerzte zur Feststellung der Vorschriften über Krankenkost eingerichtet. Das Pestalozzi-Fröbelhaus will durch sorgfältig durchdachte Jugenderziehung im Geiste seiner unvergeßlichen Gründerin durch Pflege des Familiensinns und umfassende und vertiefte Ausbildung der Frauen nicht bloß eine idealere Lebensauffassung, sondern auch eine Verbesserung der socialen Verhältnisse zu schaffen suchen. — Am Schlusse ihrer mit lebhaftem Interesse aufgenommenen Ausführungen empfahl Fr. Frank bei gelegentlicher Anwesenheit in Berlin den Besuch der Anstalt, der nur Dienstags gestattet ist.

β **[Vortrag im Apollosaal.]** Nachdem in der gestrigen Versammlung der Vorsitzende des Vereins „Hygieia“, Herr Rector Boese, die Versammlung begrüßt hatte, hielt Herr Wilhelm Siegert, Verfasser mehrerer naturheilkundlicher Schriften, einen Vortrag über die **Krankenpflege**. Er führte u. a. aus: Wir wollen darüber aufklären, was am Krankenbette zu thun ist und wie wir im Stande sind, durch eine vernünftige Krankenpflege den Gefahren der Krankheit zu begegnen. Für den Kranken ist Ruhe das erste Erforderniß und zwar im Bett, damit der Körper gleichmäßig erwärmt wird. Beim Fieber wird das Herz geschwächt, der Puls geht schneller, ist schwächer und unregelmäßig. Man soll alles thun, um das Herz zu entlasten, das geschieht am besten durch Liegen im Bett. Unpäßliche Kinder solle man nicht in die Schule schicken. Das Kind hat vom Unterricht doch nichts, es ängstigt sich und verschlimmert sein Leiden. Besonders wichtig für die Kranken sei dauernde Zuführung frischer Luft. Der Kranke lebt oft nur von Wasser und Luft. Dem Kranken soll man auch das Sonnenlicht nicht entziehen. Die Fenster nicht verhängen, außer bei Lungenentzündungen, oder wenn die Sonnenstrahlen direct aufs Auge fallen. Die Krankheit verschlimmert sich mit dem Verschwinden der Abendsonne und die Morgendämmerung bringt neue Lebenslust. Ebenso wichtig sei größte Reinlichkeit im Zimmer und bei der Wäsche, den Kleidern und Betten. Redner besprach ferner die Genuß- und Erfrischungsmittel der Kranken. Ein wichtiger Heilfactor ist auch das Vertrauen zum Arzte. Redner schloß seine beifällig aufgenommenen Ausführungen mit der Bemerkung, daß eine gute Krankenpflege ohne Menschenliebe nicht möglich ist. — Der Vorsitzende dankte dem Redner und theilte noch mit, daß am Sonntag, den 17. d. M., im Bildungsvereinshause ein Vortrag über richtige Ernährung unter Vorführung von **Kostproben** stattfinden wird.

H. **[Schülerheim.]** Am 1. April d. J. tritt hier eine Anstalt ins Leben, welche den Namen „**Schülerheim des westpreußischen Pfarrervereins**“ führt, und deren Aufgabe darin bestehen soll, den Pfarrerssöhnen, welche in Danzig eine höhere Schule besuchen, ein Heim zu bieten, in welchem sie Erziehung, Ueberwachung ihrer Arbeiten und eine gesunde, nahrhafte Kost gegen mäßige Pension finden. Aufnahmeberechtigt sind in erster Linie Söhne von Mitgliedern des westpreußischen Pfarrervereins. Soweit noch Plätze frei sind, können auch andere Schüler aufgenommen werden, vorzugsweise von Geistlichen und Lehrern der Provinz Westpreußen. Die technische Leitung des Schülerheims, welches mit vorläufig 6 Plätzen eröffnet wird, übernimmt Herr Gymnasialdirector Professor Kahle, die übrige Leitung ist Frau Pfarrer Geschke-Putzig übertragen worden.

---

* **[Eine neue Guttempler-Loge]** soll am 1. April in Langfuhr gegründet werden, nachdem die Danziger Loge „Weichselwacht“ in der Stadt bedeutende Fortschritte gemacht hat.

---

* **[Eisbrechabgabe.]** Mit Rücksicht auf die eingetretene flaue Witterung ist von gestern ab die Erhebung der Eisbrechabgabe wieder aufgehoben.

---

* **[Betriebsunfall.]** Heute Morgen gegen $4^{1}/_{4}$ Uhr ist von dem Güterzuge 1946 auf der Fahrt von dem Rangirbahnhofe nach dem Hauptbahnhofe Danzig ein Güterwagen auf bisher nicht aufgeklärte Weise zur Entgleisung gekommen und eine längere Strecke außerhalb der Schienen gelaufen. Hierbei wurde bei der Einfahrt in den Hauptbahnhof Danzig die Weiche Nr. 4 zerbrochen und in Folge dessen das Hauptgleis Rangirbahnhof-Hauptbahnhof Danzig einige Zeit gesperrt. Bis zur Beseitigung der Störung erfolgte der Betrieb eingleisig.

---

* **[Unterschlagung.]** Eine größere Unterschlagung ist von einem in der hiesigen Filiale der Bromberger Dampfschiffahrts-Gesellschaft angestellten Commis ausgeübt worden. In kurzer Zeit hat derselbe etwas über 2500 Mk. veruntreut und in seinem Nutzen verausgabt. Es erfolgte seine Verhaftung.

---

* **[Unreeller Verkauf.]** Seit Oktober v. J. haben zwei angebliche Händler mit „echter holländischer Butter“, die in blaue Steinkruken à 1 Pfund verpackt war, in Danzig und Umgegend, besonders in Langfuhr, hausirt und diese „Butter“ für 1 Mk. pro Kruke zum Verkauf angeboten. Ein Käufer in Langfuhr schöpfte Verdacht und ließ die Waare untersuchen, wobei sich herausstellte, daß dieselbe keine echt holländische, sondern Margarine dritter Klasse sei. Als Verkäufer, deren Umsatz sich etwa auf 1400 Mk. beziffern soll, wurden der ehemalige Musiker G. und dessen Sohn, ein Schreiber, ermittelt und verhaftet.

---

* **[Ladendiebstähle.]** In dem Waarenhause der Firma Nathan Sternfeld hat die seit etwa einem Jahre beschäftigte 22jährige Rosa Rohde Diebstähle ausgeführt, weshalb bei ihr resp. bei ihrer Mutter der Schneiderin Selma Rohde geb. Ritter eine Haussuchung abgehalten wurde, bei der man Herren- und Damenwäsche, Uhrketten etc., die sämmtlich aus dem genannten Waarenhause herstammten, im Werthe von etwa 700 Mk. vorfand. Die Tochter wurde daher wegen Diebstahls, die Mutter wegen Hehlerei verhaftet.

-r. **[Schwurgericht.]** Die, wie gestern bereits berichtet, des Meineides angeklagte Amtsdienerfrau Louise Wienhold aus Stüblau wurde gestern Nachmittag von den Geschworenen schuldig gesprochen und zu dreijähriger Zuchthausstrafe verurtheilt. Durch die Beweisaufnahme war sie überführt worden, in vier Punkten die Unwahrheit gesagt zu haben. Die Angeklagte trug während der ganzen Verhandlung eine große Gleichgiltigkeit zur Schau. Nach der Verurtheilung verließ sie den Sitzungssaal mit lächelndem Gesicht.

[Polizeibericht für den 6. März 1901.] Verhaftet: 13 Personen, darunter 2 Personen wegen Betruges, 1 Person wegen Hehlerei, 5 Personen wegen Diebstahls, 1 Person wegen Unterschlagung, 1 Bettler, 1 Betrunkener, 2 Obdachlose. — Obdachlos: 5. — Gefunden: 2 Brillen mit Futteral, abzuholen aus dem Fundbureau der kgl. Polizei-Direction. Am 3. d. Mts. 1 zweirädriger Handwagen, abzuholen von der Polizeiwache im Stockthurm. Die Empfangsberechtigten werden hierdurch aufgefordert, sich zur Geltendmachung ihrer Rechte innerhalb eines Jahres im Fundbureau der königl. Polizei-Direction zu melden.

Aus den Provinzen.

∴ **Schöneck**, 5. März. Sonntag Abend ist der Gaststall, die Scheune und der Viehstall des Gastwirths Strehlke in Kgl. Boschpohl ein **Raub der Flammen** geworden und total niedergebrannt. Mitverbrannt sind mehrere Kälber, Schweine und aller Art Federvieh. Man vermuthet Brandstiftung durch einen 18jährigen Knecht des Besitzers H., der auch hier bereits eingeliefert wurde.

y. **Thorn**, 4. März. Unter der Anklage des **Wuchers** standen heute vor der Strafkammer der Fischhändler Abraham Glattke und seine Ehefrau Rosalie von hier. Dieselben wohnten in einem Hause des Bauunternehmers Ackermann hierselbst zur Miethe und es war der Preis für die Wohnung auf 225 Mk. jährlich vereinbart worden. Frau Ackermann, welcher die Verwaltung des Hauses und auch das Einkassiren der Miethe übertragen war, gerieth in Folge mißlicher Verhältnisse nach und nach in eine erhebliche Schuldenlast, die sie ihrem Ehemanne verheimlichte. Daher brauchte sie zur Deckung von Zinsen und Kapital oft Geld. Einmal wandte sie sich an die Glattke'schen Eheleute mit der Bitte um ein Darlehn. Es wurde auch in Höhe von 90 Mk. als gleichzeitige Abschlagssumme auf die Miethe gewährt, jedoch unter der Bedingung, daß die Miethe von 225 Mk. auf 180 Mk. ermäßigt würde. Nach kurzer Zeit zahlte Glattke auf Ersuchen der Frau Ackermann auch die Miethe des zweiten Jahres voraus, jedoch unter weiterer Ermäßigung derselben auf den Betrag von 150 Mk. Durch die Beweisaufnahme erachtete der Gerichtshof für erwiesen, daß die Glattke-schen Eheleute die Unerfahrenheit der Frau Ackermann benutzt haben, um sich wucherische Vermögensvortheile zu verschaffen, und verurtheilte jeden zu einer Woche Gefängniß und 50 Mk. Geldstrafe oder weiteren zehn Tagen Gefängniß.

Mehlauken, 3. März. Anläßlich des **Ueberfalles der Post Mehlauken-Popelken** sind den Postillionen, welche den Verkehr zwischen Popelken resp. Lauknen vermitteln, von der kaiserl. Oberpostdirection scharfe **Seitengewehre** zur Abwehr gegen etwaige Angriffe verabfolgt worden.

Inowrazlaw, 3. März. In der gestrigen Strafkammersitzung fand die Verhandlung gegen den hiesigen **Baumeister Küster wegen Wechselfälschung** statt. Küster verdiente hier Anfangs durch seine Bauten große Summen, so gab er z. B. selbst an, daß er in einem Jahre etwa 40 000 Mk. verdiente, auch schätzte er sich mit einem Vermögen von 130 000 Mk. ein, später aber hatte er bei mehreren Bauunternehmungen große Verluste, z. B. bei dem Bau der Kaserne, ferner will er 50 000 Mk. bei einem Bau in Thorn verloren haben. Um sich nun den plötzlich hereingebrochenen finanziellen Schwierigkeiten zu entziehen, fälschte er im vorigen Jahre in der Zeit von Januar bis April 15 Wechsel in Höhe von 500 Mk. bis 3500 Mk., zusammen über 25 000 Mk. Die gefälschten Wechsel tragen zum größten Theil die Unterschriften von Verwandten. Als die Sache ruchbar wurde, entfloh er, wandte sich nach Magdeburg, Wien, Pest und schließlich nach Dresden, wo er Ende v. Js. verhaftet wurde. Einzelne Bauhandwerker hierselbst haben durch K. große Verluste gehabt. K. wurde zu **3jähriger Zuchthausstrafe** verurtheilt.

□ **Schneidemühl**, 4. März. Der **polnische Gesangverein „Halka“** in Colmar, dessen Vorsitzender der Vicar Rogalinski ist, hatte am 11. November vorigen Jahres eine Festlichkeit veranstaltet, deren Programm polizeilich genehmigt worden war. Zum Schluß wurde noch ein **lebendes Bild** „Wanda“ gestellt. Indessen war in der polizeilichen Anmeldung von lebenden Bildern nichts erwähnt worden. Die Behörden sahen hierin eine Uebertretung des Vereinsgesetzes und es wurde der Vicar Rogalinski zu 30 Mk. Geldstrafe, zwei andere Vorstandsmitglieder zu je 20 Mk. Geldstrafe verurtheilt.

Vermischtes.

Der Kuß als Belohnung für pünktliche Schüler.

Eine Schullehrerin in Mexico hat jüngst ein eigenartiges System zur Belohnung für pünktliche Schüler ersonnen, ein System, das für die junge Dame ziemlich unangenehme Folgen — hätte haben können. Um die Schulkinder zur Pünktlichkeit anzufeuern, versprach die bildhübsche, lebenslustige Lehrerin dem Schüler oder der Schülerin, die Morgens zuerst in der Schule sein würden, einen Kuß von ihren rosigen Lippen. Die Schule wird von „älteren“ Knaben und Mädchen besucht. Während aber die Mädchen das freundliche Anerbieten der Lehrerin ziemlich kühl aufnahmen, waren die älteren Knaben urplötzlich Feuer und Flamme für die Schule. Am nächsten Morgen standen zwei 16jährige Knaben schon zwei Stunden, bevor der Unterricht begann, an der Schulthür und warteten geduldig, bis die liebreizende Lehrerin erschien. Als sie endlich kam, entspann sich zwischen den beiden „Jünglingen“ ein Kampf um den Pünktlichkeitspreis. Die Lehrerin machte dem Streit ein Ende, indem sie gütig allen Beiden die Lippen zum Kusse bot. Scenen dieser Art wiederholten sich von nun ab jeden Morgen, nur betheiligten sich von jetzt an sämmtliche Knaben, die älter als zwölf Jahre waren, an dem „Wettbewerb“ um den Mund der Lehrerin. Die beiden Sechzehnjährigen waren aber nicht aus dem Felde zu schlagen, da sie gewöhnlich schon bei Tagesanbruch vor der Schulthür Posten standen. Das erbitterte schließlich die „jüngere Generation“ derart, daß sie den Pünktlichkeitspreis der Lehrerin preisgab und den Eltern Mittheilung von dem neuen pädagogischen System machte. Es entstand darob im Lande eine gewaltige Aufregung, denn die gänzlich unmodernen Eltern waren der Ansicht, daß sich die Preisküsserei weder mit den Lehren Fröbels, noch mit denen Pestalozzis in Einklang bringen lasse. Der Schuldirector des Bezirks ertheilte der Lehrerin eine scharfe Rüge vor versammelter Schule und zwang sie zunächst, die Kußpreise abzuschaffen. Wenn jedoch die Eltern der geküßten und nicht geküßten Knaben von einem Strafantrag absehen, will er diesmal noch ein Auge zudrücken und die diensteifrige Lehrerin behalten. Sie ist aber auch zu hübsch und nett!

Kleine Mittheilungen.

* **[Aus dem Homburger Aufenthalt des Kaisers]** theilt der „Newyork Herald“ mehrere Anekdoten mit. Er will u. a. wissen, der Kaiser habe sich in Homburg in achtundzwanzig verschiedenen Posen photographiren lassen. Der Kaiser habe die vier besten Bilder ausgewählt. Er schaue auf den Bildern freundlicher drein, vielleicht, weil er den Schnurrbart nicht mehr im Stil Philipps IV. von Spanien trage. Auf allen diesen Photographien trage der Kaiser englische Uniform. Recht heiter ist ein Stückchen, das im Atelier des Photographen spielt. Der Kaiser forderte den schüchternen Photographen fortgesetzt auf, dieser sollte ihn ungescheut zurechtsetzen, damit das Bild gut werde. Schließlich, als er sah, daß der Künstler ziemlich verlegen dreinschaute, befahl er ihm, offen zu reden, und er erhielt die Antwort: „Ich bitte Eure Majestät, gütigst den Mund ein bischen mehr zu schließen.“ Der Kaiser lachte und sagte wie zu sich selbst: „Wilhelm, halt' den Mund geschlossen!“ Und in Friedrichshof erzählte er die Geschichte belustigt weiter.

* **[Ist denn Schnupfen ein Verbrechen?]** Auch der größte Mann hat seine kleinen Schwächen. So ist z. B. Papst Leo ein leidenschaftlicher Schnupfer. Als er eines Tages einen schönen Kranz von Cardinälen um sich versammelt hatte, zog er seine Tabaksdose heraus, nahm eine lange Prise und reichte dann den Eminenzen die Dose hin. Alle schöpften daraus oder thaten so; nur ein französischer Cardinal wies das Anerbieten mit einer liebenswürdigen Geberde zurück. „Wie? Sie schnupfen nicht?“ fragte der Papst. — „Nein, heiliger Vater, dieses Laster habe ich nicht.“ — „Ein Laster!“ versetzte Leo XIII. lächelnd. „Wenn es ein Laster wäre, so würden Sie schon längst damit vertraut sein!“ Die Eminenzen konnten kaum ihr Lachen unterdrücken, denn jener Cardinal hatte, wie man erzählte, als Offizier eine stürmische Jugend gehabt.

* **[Ein Diebstahl mit Musik.]** In **Augsburg** wurde dieser Tage in einer Gastwirthschaft ein frecher Einbruchsdiebstahl verübt. Es waren da zwei Burschen eingekehrt. Einer von ihnen entfernte sich plötzlich aus der Gaststube, ohne daß man seinem Verschwinden irgend welche Bedeutung beilegte. Der Bursche schlich sich nun in die Wohnung des Wirthes, brach dort einen Behälter auf und stahl Uhren, Ringe und sonstige Pretiosen im Werthe von etwa 400 Mk. Als er dann nach Baargeld suchen wollte, wurde eine Spieldose sein Verräther. Er hatte sie für eine Geldkassette gehalten und zu öffnen versucht, als das Werk ihm den Schabernack anthat und zu spielen anfing. Dadurch wurde die Wirthin herbeigerufen. Der Einbrecher und sein in der Gaststube zurückgebliebener Genosse suchten jetzt eiligst das Weite, konnten jedoch, da ihre Persönlichkeit bekannt war, bald dingfest gemacht werden.

Elberfeld, 1. März. Die Betriebseröffnung auf der Schwebebahn erfolgte heute völlig un-

erwartet und ohne jede Ankündigung. Dennoch wurde das langersehnte Ereigniß bald allgemein bekannt, und der Andrang zu den Bahnhöfen wuchs von Stunde zu Stunde. Jeder wollte heute auf der ersten Schwebebahn der Welt fahren. An den Automaten, die die Fahrkarten zu 10 Pf. für die zweite und 20 Pf. für die erste Klasse ausgeben, entstand ein förmlicher Kampf, der sich auf den Bahnsteigen beim Einlaufen jedes Wagens wiederholte. So groß war das Gedränge, daß zur Aufrechterhaltung der Ordnung Polizei geholt werden mußte. Die dem Verkehr übergebene Strecke hat eine Länge von 4,5 Kilom. und wird einschließlich des Aufenthalts auf den Stationen in 13 Minuten, also in einer Geschwindigkeit von etwa 21 Kilom. in der Stunde durchfahren. Die ganze Bahn Barmen-Elberfeld-Vohwinkel wird eine Länge von 13,3 Kilom. aufweisen.

* **Aus dem Erzgebirge,** 1. März, wird der „Voss. Ztg." geschrieben: Vor der Ortschaft Knöteln in der Nähe des als kostbarer Aussichtspunkt nach Sachsen und Böhmerland bekannten Mückenthürmchens sieht man seit zwei Wochen nur noch die Schornsteine aus dem **Schneefelde** hervorragen, und der blaue Rauch, der aus ihnen aufsteigt, ist der einzige Beweis des dort verschneiten Lebens. Nur in engen Schneetunnels kommen die Nachbarn noch zusammen und sie haben genug damit zu thun, immer neue Licht- und Luftschächte für sich und das Vieh zu graben. Sie sind aber alljährlich auf lange derartige Weltabgeschiedenheit gefaßt. Keine „bessere" Familie da oben ist deshalb ohne einen neuen Sarg, der auf dem Boden steht, und in dem einstweilen gedörrtes Obst aufbewahrt wird, der aber oft genug auch seiner eigentlichen Bestimmung zugeführt werden muß. Stirbt ein Hausgenosse, so wird er im Sarge vernagelt und kommt auf den **Boden,** wo die Leiche gefriert und ungestört liegen bleibt, bis der Frühling ins Land zieht. Dann gehen oft mehrere Leichenbegängnisse gleichzeitig zu Thal.

München, 5. März. Der von der Polizei lange gesuchte Raubmörder **Kneißl** ist in Geisenhofen bei Nannhofen, nachdem man auf ihn gefeuert und ihn schwer verwundet hatte, **verhaftet** worden.

Irun, 6. März. (Tel.) Bei der **Explosion** im hiesigen Zollamt wurden 10 Menschen getödtet, und 20, darunter 5 schwer, verwundet.

Standesamt vom 6. März.

Geburten: Lehrer Franz Schramm, T. — Arbeiter Eduard Minge, T. — Kellner Johann Wendt, T. — Schmiedegeselle Emil Matschkowski, T. — Schlossergeselle Leonard Nadolny, S. — Schmiedegeselle Friedrich Podehl, T. — Arbeiter Franz Wischnewski, T. — Maurergeselle Heinrich Wilhelm Ernst Stielert, S. — Bäckermeister August Korsch, T. — Schiffseigner Theodor Gomulski, S. — Hausdiener Wilhelm Weiß, S. — Restaurateur Ernst Datschweit, T. — Schlossergeselle Gustav Langhans, S. — Maschinenwärter August Albrecht, 2 T. — Schneider Ferdinand Marquardt, 2 S. — Vorarbeiter Gustav Haak, T. — Königlicher Schutzmann Emil Jaffke, S. — Malergehilfe Anton Chylla, S. — Tischlergeselle Felix Klawitter, S. — Bäckermeister Friedrich Lamek, T.

Aufgebote: Kgl. Schutzmann Paul Wilhelm Albert Henning zu Berlin und Minna Laura Pockrandt hier. — Glasergeselle Joseph Eustachius Makowski und Julie Rafinsky. — Schmiedegeselle Hermann Johann Fenske und Martha Malwine Pallaschek. — Nieter Otto Franz Rathenow und Auguste Margarethe Kaschner. Sämmtlich hier. — Militäranwärter Friedrich Grutzkun zu Christburg und Margarethe Elisabeth Hannmann hier. — Hilfshoboist Hermann Franz Wilhelm Naumann hier und Anna Ulrike Luise Pauline Klein zu Eisleben. — Schmied August Ferdinand Feldkeller und Florentine Anna Kowalski, beide zu Elbing. — Regierungsarzt Dr. med. Karl August Ferdinand Beyer zu Kl. Popo, Togogebiet, und Anna Martha Thekla Baumfelder zu Zittau. — Bäckermeister August Stanislawski hier und Anna Marie Neumann zu Ohra. — Arbeiter Gottfried Kaiser und Auguste Kotoll, beide zu Carlswalde. — Technischer Secretär in der kais. Marine Otto Carl August Schwerin hier und Mathilde Johanna Margarethe Eckhoff zu Ohra.

Heirathen: Privatier Max Schwabe und Therese Block, geb. Peitsch. — Arbeiter Heinrich Dombrowski und Martha Budzisz. — Sämmtlich hier. — Restaurateur Otto Putzig zu Thorn und Lina Hennecke hier.

Todesfälle: T. des Kutschers Adolf Meier, 3 M. — S. des Schlossergesellen Leonard Nadolny, 1 T. — T. des Schneidergesellen Friedrich Podehl, 1½ Std. — T. des Bäckermeisters August Korsch, 1 T. — S. des Schiffseigners Theodor Gomulski, 1 Std. — T. des Vicefeldwebels der 1. Werft-Division Carl Rühmann, 19 T. — S. des Schmiedegesellen Michael Labuda, 4 M. — Frau Therese Johanna Jürgensen, 50 J. 5 M. — Wittwe Marie Julianne Meyer, geb. Waldowski, fast 74 J.

Danziger Mehlnotirungen vom 6. März.

Weizenmehl per 50 Kilogr. Kaisermehl 13,50 M. — Extra superfine Nr. 000 12,50 M. — Superfine Nr. 00 11,50 M. — Fine Nr. 1 10,00 M. — Fine Nr. 2 8,50 M. — Mehlabfall oder Schwarzmehl 5,40 M.

Roggenmehl per 50 Kilogr. Extra superfine Nr. 00 12,00 M. — Superfine Nr. 0 11,00 M. — Mischung Nr. 0 und 1 10,00 M. — Fine Nr. 1 8,50 M. — Fine Nr. 2 8,00 M. — Schrotmehl 8,00 M. — Mehlabfall oder Schwarzmehl 5,60 M.

Kleien per 50 Kilogr. Weizenkleie 5,20 M. — Roggenkleie 5,00 M. — Gerstenschrot 8,00 M. — Maisschrot 7,30 M.

Graupen per 50 Kilogr. Perlgraupe 18,50 M. — Feine mittel 13,00 M. — Mittel 12,00 M, ordinäre 11,00 M.

Grützen per 50 Kilogr. Weizengrütze 14,00 M. — Gerstengrütze Nr. 1 11,00 M, Nr. 2 11,00 M, Nr. 3 11,00 M. — Hafergrütze 13,50 M.

Danziger Börse vom 6. März.

Weizen in fester Tendenz bei vollen Preisen. Bezahlt wurde für inländischen rothbunt 756 Gr. 151 M, hochbunt bezogen 750 Gr. 147 M, fein hochbunt glasig 764, 772 und 783 Gr. 154 M, weiß bezogen 788 und 791 Gr. 148 M, fein weiß 766 Gr. 155 M, 772 Gr. 156 M, streng roth 761 und 772 Gr. 151 M per To.

Roggen fester. Bezahlt ist inländischer 732 und 738 Gr. 126½ M, 708, 729 und 738 Gr. 127 M. Alles per 714 Gr. per Tonne. — **Gerste** ohne Handel. — **Hafer** inländischer fein 128, 128½, 129 M per To. bezahlt. — **Erbsen** russ. zum Transit weiße mittel 117, 120 M, Futter- 107 M per Tonne gehandelt. — **Kleesaaten** weiß alt 26 M, roth 39, 39½, 40, 41, 41¾, 42, 44, 45, 46 M per 50 Kilogr. bez. — **Thymothee** fein 22 M per 50 Kilogr. gehandelt. — **Weizenkleie** grobe 4,60, 4,62½, 4,65 M, mittel 4,10 M, feine 3,95, 4 M per 50 Kilogr. bez. — **Roggenkleie** 4,25, 4,30, 4,40 M per 50 Kilogr. gehandelt.

Schiffsliste.

Neufahrwasser, 5. März. Wind: NW.
Gesegelt: Kurt (SD.), Wilke, Stettin, Güter. — Emma (SD.), Bialke, Rotterdam, Güter und Zucker.
Den 6. März.
Gesegelt: Mercur (SD.), Pieper, Bremen, Güter.
Ankommend: Dampfer „Käte".

Verantwortlicher Redacteur A. Klein in Danzig.
Druck und Verlag von H. L. Alexander in Danzig.